



DKP

Deutsche Kommunistische Partei

Sofortprogramm

der DKP für Nordrhein-Westfalen

An illustration of two hands shaking, symbolizing agreement or solidarity. The hands are rendered in a stylized, flat design with a light skin tone and dark blue shadows. The background is a solid red color.

**FRIEDEN
ARBEIT
BILDUNG
WOHNEN**

Krieg ist Fluchtursache Nummer Eins – Militarismus stoppen – Gemeinsam kämpfen!

Die Bundeswehr beteiligt sich weltweit an Kriegseinsätzen. Deutsche Waffen und Kriege sind schuld, dass viele Menschen nach Deutschland flüchten. Wer Krieg sät, erntet Flüchtlinge! Die Herrschenden im Land versuchen gezielt, von ihrer Mitverantwortung daran abzulenken. Hauptaggressor sind die USA und die von ihr geführte NATO. In diesem Kriegsbündnis versucht Deutschland seine imperialistischen Ziele umzusetzen. Denen, die diese Kriege führen und an ihnen verdienen, geht es um Ressourcen und Rohstoffe, um Transportwege und Absatzmärkte, um Einflussphären und nicht um die Menschen, ihre Rechte und ihre Freiheit, wie man uns weismachen will.

Menschen, die mit ihren Familien fliehen, haben Terror und Krieg, Armut und Hunger erfahren. Wollen sie überleben, haben sie keine andere Wahl als ihre Heimat zu verlassen. Das Grundrecht auf Asyl wurde faktisch abgeschafft. Für die Konzerne sind diejenigen, die bleiben dürfen, billige Arbeitskräfte und werden als Lohndrücker missbraucht. Im Interesse der Konzerne soll damit der Mindestlohn unterlaufen und die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt verschärft werden. Lohnabhängige, egal ob hier geboren oder aus Not hierhergekommen, haben den gleichen Gegner. Es sind die Banken und Konzerne.

Wer sich mit Flüchtlingen solidarisiert, ihnen helfen will und sich den Rassisten in den Weg stellt, **muss auch NEIN sagen**

zum Krieg, muss aufstehen gegen Militarismus und Krieg!

In NRW werden weltweit Kriege vorbereitet! NRW ist die größte Waffenschmiede Deutschlands. Die Rheinmetall AG in Düsseldorf gehört zu den weltweit führenden Rüstungskonzernen. Zwingend notwendig ist, die Unternehmen in diesen Bereichen dazu zu zwingen, praktische Vorstellungen gemeinsam mit ihren Belegschaften zu entwickeln, wie ihre mörderische Produktion auf eine friedliche umgestellt werden kann. In Kalkar befindet sich das „Zentrum Luftoperationen“, von dem die NATO und die Bundeswehr ihre Luftwaffeneinsätze planen und steuern. In Essen fanden 2015 und 2016 Jahrestagungen der NATO zur Kriegsführung mit konventionellen und Atomwaffen statt.



Die Deutsche Kommunistische Partei **DKP fordert:**

- Den sofortigen **Stopp aller Auslandseinsätze** der Bundeswehr!
- Austritt der BRD aus der NATO!
- Das **Verbot aller Rüstungsexporte** und die **Beschlagnahme aller Gewinne der Rüstungsindustrie! Rüstungskonversion** sofort in Zusammenarbeit mit Belegschaften und Gewerkschaften einleiten.
- Die sofortige **Reduzierung des Rüstungsetats um 20 Prozent** und eine weitere jährliche Reduzierung um 10 Prozent!
- Die **Rücknahme der 130-Milliarden-Hochrüstungspläne** von Kriegsministerin von der Leyen!
- **Keine Kriegskongresse in NRW!**
- **Schließung der AWACS-Air-Base Geilenkirchen, der NATO-Basis in Kalkar** und aller zivil/militärischen Infrastruktureinrichtungen, Auflösung des deutsch-niederländischen Korps in Münster





Den sozialen Kahlschlag stoppen – Armut und Hartz-System beseitigen – Arbeitsplätze schaffen!

Das kapitalistische System erzeugt immer mehr Armut in NRW. Damit die Reichen immer reicher werden, wird der soziale Kahlschlag immer dramatischer. Dauerarbeitslosigkeit im Hartz-System, Leiharbeit, Werkverträge, fehlende Sozialwohnungen, drastische Erhöhungen kommunaler Gebühren und Privatisierungen sowie Altersarmut treiben Millionen Menschen in eine Sackgasse, die von persönlicher, wirtschaftlicher und sozialer Unsicherheit bestimmt ist. In einigen Stadtteilen lebt bereits jedes zweite Kind in Armut. Spardiktate und die Schuldenbremse auf Landesebene verstärken den sozialen Kahlschlag zu Lasten der Werktätigen, Erwerbslosen und Rentnern.

Das Investitionsschutzabkommen CETA würde wie das TTIP viele negative Auswirkungen auf die Menschen in NRW haben.

Verschärfter Wettbewerbsdruck würde für die weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen genutzt werden. Regelungen wie das Tariftreuegesetz könnten angegriffen werden. Der Privatisierungsdruck auf öffentliche Dienstleistungen würde steigen, Rekommunalisierungen wären erschwert bis unmöglich gemacht. Der Handlungsspielraum des Landes NRW, der Städte und Gemeinden wäre stark eingegrenzt. Umweltschutz, Energiewende und Atomausstieg wären bedroht. Konzerninteressen könnten gegen die Lebensinteressen der Menschen in NRW noch leichter durchgesetzt werden.

Wir wollen für soziale Rechte und gegen die zerstörerische Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt kämpfen und das mit möglichst vielen Menschen. Arbeit ist genug da. Es gibt eine Menge gesellschaftlich notwendiger Aufgaben, die von den Kapitalisten aber nicht als rentabel angesehen werden und deshalb entweder gar nicht oder mit Hungerlöhnen entgolten werden. Wir brauchen mehr Beschäftigte in Kindergärten, Schulen, Jugendzentren, im Gesundheitswesen und der Altenpflege. Schulen, Jugendzentren, Krankenhäuser und Wohnungen müssen instandgesetzt und neu gebaut werden. Der öffentliche Nahverkehr muss ausgebaut werden. Privatisierungen von ehemals öffentlichem Eigentum müssen rückgängig gemacht werden. **Altersarmut und Arm trotz Arbeit – das muss aufhören!**

Immer mehr Menschen haben keine Arbeit oder werden in Minijobs und prekäre Beschäftigung gedrängt. Diejenigen, die noch im sogenannten Normalarbeitsverhältnis stehen, werden gezwungen, immer

länger zu arbeiten und häufen Überstunden ohne Ende an. Das Renteneintrittsalter ist hochgesetzt.

Im Verhältnis zu seiner hohen Produktivität ist Deutschland ein Niedriglohnland. Dies führt dazu, dass massive deutsche Exporte in Euro-Länder dort Lohnraub und Sozialabbau erzeugen. Deutliche Reallohnzuwächse nutzen also nicht nur den abhängig Beschäftigten in Deutschland, sondern auch denen in anderen Euro-Ländern.

Wir fordern das Verbot von Leiharbeit und Werkverträgen, ab sofort einen Mindestlohn von 12 Euro, die Abschaffung der zeitlichen Begrenzung des Arbeitslosengelds [ALG 1], **die sofortige Erhöhung des Rentenniveaus auf 53 Prozent**, ein Renteneintrittsalter von 60 Jahren und die Abschaffung der Hartz-Sanktionen und des ganzen Hartz-Systems, die Einführung einer sanktionsfreien und bedarfsdeckenden Grundsicherung. Wir brauchen einen Stopp prekärer und befristeter Arbeitsverhältnisse, insbesondere die völlige Abschaffung sachgrundloser Befristungen. Wir brauchen die **Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 30 Stunden** bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Dafür müssen wir für eine Arbeitszeitverkürzung kämpfen, um damit eine Bewegung für die gesetzliche Verankerung der 35-Stunden-Woche als einen ersten Schritt anzustoßen. Diese Ziele erfordern, dass das Land NRW alle seine Möglichkeiten nutzt, für diese politischen und gesetzlichen Weichenstellungen auf Bundesebene einzutreten. Aber auch auf Landesebene ist ein Umsteuern nötig und möglich.

Die DKP fordert ebenso Arbeitsplätze, die ökologischen Ansprüchen gerecht wer-

den. Zum Beispiel: alternative Energiegewinnung statt Braunkohle. Wir fordern Arbeitsplätze, die Menschen und Umwelt nicht bedrohen. Daher lehnen wir z. B. die hochgiftige CO-Pipeline zwischen Dormagen und Uerdingen ab, die bei einer Havarie ganze Landstriche und deren Menschen vernichten würde.

Die Deutsche Kommunistische Partei **DKP fordert:**

- Mit Bau- und Sanierungsprogrammen könnten – vor allem im Bau und in baunahen Gewerben – **dauerhaft etwa 21.000 Arbeitsplätze** geschaffen werden.
- Wir fordern die **Einstellung von 10.000 zusätzlichen LehrerInnen.**
- Wir fordern die **Einstellung von 10.000 zusätzlichen ErzieherInnen.**
- Wir fordern die **Schaffung von 40.000 Arbeitsplätzen**, die in den Krankenhäusern fehlen.
- Wir fordern die Einstellung von **10.000 zusätzlichen SozialarbeiterInnen.**
- Wir fordern die **Aufstockung der Ausgaben für die berufliche Qualifizierung von Erwerbslosen, für Umschulungen etc. um 400 Mio. Euro pro Jahr.**
- Die **NRW-Landesregierung muss im Bundesrat gegen die Abkommen CETA und TTIP stimmen**



Keine Rendite mit der Miete!

Zu hohe Mieten, wo gibt's denn so was? In den meisten großen Städten Nordrhein-Westfalens ist das Normalität. Günstigen Wohnraum zu finden, ist nicht mehr nur in Köln, Bonn, Düsseldorf und Münster ein Problem. Auch in vielen Ruhrgebietsstädten wird der günstige Wohnraum knapp. Und das nicht erst durch die Geflüchteten. Natürlich verschärft neuer Bedarf jetzt die Konkurrenz am Wohnungsmarkt. Jedoch schon vor Jahren wurde der soziale Wohnungsbau eingestellt, weil er nicht genug Profite bringt. Gebaut und schnelles Geld verdient wird im Luxussegment. Natürlich verschärft neuer Bedarf jetzt die Konkurrenz am Wohnungsmarkt.

Weil am Privateigentum nicht gerüttelt wird, stehen Gebäude dauerhaft leer, die kurzfristig der Bekämpfung der Wohnungsnot dienen könnten. Kommunen beschreiten den Irrweg zum Verkauf von Grundstücken an private Investoren. Seit der Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit wälzen diese ihren ungezügelden Drang nach Profit voll auf die Mieter ab. Es gibt praktisch keine Einschränkungen mehr. Die

sogenannte Mietpreisbremse ist ein zahnlöser Tiger mit zu vielen Ausnahmen. Modernisierungen mit anschließenden hohen Mietsteigerungen verdrängen Bewohner aus ihren Vierteln. Und die Mieten steigen munter weiter. In manchen Städten ist es auch bei einem durchschnittlich mittleren Einkommen schwer, bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Noch viel mehr in die Enge getrieben werden Bezieher von Sozialleistungen, deren Miethöhe in jeder Kommune auf ein unterstes Niveau begrenzt ist. Gerade diese Menschen müssen bei ihren Wohnverhältnissen große Abstriche machen. Mangels Alternativen sind sie oft den Machenschaften der Vermieter ausgesetzt. Massive Mängel bis hin zu gesundheitsgefährdenden Zuständen sind keine Seltenheit. Genau denselben Problemen sind jetzt die Geflüchteten ausgesetzt. Ärmere und Geflüchtete sitzen im selben Boot. Sinnloser Nationalismus vernebelt den Blick auf die wahren Verursacher dieser Misere: die Wohnungsbaukonzerne, Wohnungsunternehmen und große Immobilieneigentümer.

Dabei gibt es kaum mehr Unterschiede zwischen den kommunalen Wohnungsun-

ternehmen und den finanzmarktorientierten Vermietungskonzernen. Und selbst wenn wieder kommunal und sozial gebaut werden soll, fehlen nach Jahrzehnten der Privatisierung geeignete Grundstücke. Der Kapitalismus stößt genau hier an seine eigenen Grenzen. **Deshalb brauchen wir wieder am**

Gemeinwohl orientierte kommunale Wohnungsunternehmen, die ihre Wohnungen dauerhaft halten und nicht gewinnbringend bewirtschaften. Das wäre eine wirksame Mietpreisbremse. Zur Unterstützung ist ein sofortiges Verbot von Verkäufen öffentlicher Grundstücke notwendig.



Die Deutsche Kommunistische Partei **DKP fordert:**

- **Einführung** einer landesweiten **Zweckentfremdungsverordnung**
- **Verbot** des **Verkaufs öffentlicher Grundstücke**
- **sofortiger Neubau** von **200.000 Sozialwohnungen**
- **50%-Quote** für den **sozialen Wohnungsbau** bei allen Neubauten
- **Standards** für die **Berechnung** der Kosten der Unterkunft
- **Aufbau** einer neuen **Wohnungsgemeinnützigkeit**



Klare Kante für die Jugend!

Dass junge Menschen die Zukunft seien, hört man oft. Immer häufiger gilt jedoch: Ohne reiche Eltern sind viele Lebensperspektiven von vornherein verbaut. Für die Entwicklung junger Menschen sind daher die richtigen Rahmenbedingungen und individuelle Entfaltungsmöglichkeiten unerlässlich. **Diese müssen gesellschaftlich garantiert und finanziert werden, damit insbesondere Kinder und Jugendliche aus Arbeiterhaushalten und solche mit Migrationshintergrund gleichwertige Chancen erhalten.**

Zahlreiche Schwimmbäder, Sportplätze und Jugendzentren wurden bereits geschlossen. Freizeitangebote gibt es nur noch, wenn sie Profite versprechen. Das Gegenteil wäre nötig: Wiedereröffnung und

Instandsetzung von öffentlichen Freizeit-einrichtungen und -angeboten für alle Jugendlichen.

Jugendlichen muss der Zugang zu einer umfassenden Bildung und damit auch zur Hochschule ermöglicht werden. Neben einer permanenten Auslese ist vor allem die Finanzierung eines Studiums die größte Hürde. Die meisten Studierenden müssen neben dem Studium arbeiten, um ihr Leben zu finanzieren. Ständig steigende Mieten und die Wohnungsknappheit verschärfen diese Situation. Der Großteil der Absolventen verlässt die Universität mit Schulden.

Viele Jugendliche finden keinen betrieblichen Ausbildungsplatz und werden in Warteschleifen abgeschoben. So wird ihnen ein Start ins Berufsleben verweigert. Die meisten Auszubildenden bekommen eine Ausbildungsvergütung, die nicht für ein elternunabhängiges Leben reicht. Diese

Situation nutzen die Kriegstreiber für sich aus.

Die DKP ist gegen Propagandaveranstaltungen der Bundeswehr in Schulen. Kriegshandwerker haben in der Schule nichts zu suchen!

Damit junge Menschen ihre Interessen durchsetzen können, braucht es mehr Möglichkeiten der Mitbestimmung. Wir fordern umfassende Demokratisierungen und Gestaltungsmöglichkeiten für junge Menschen! Neben einer Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre müssen vor allem wirksame und umfängliche Interessenvertretungen in Schule, Uni und Betrieb eingerichtet werden.



Die Deutsche Kommunistische Partei **DKP fordert:**

- **Eine Schule für alle!** Schluss mit der frühen Auslese im Bildungssystem und dem Leistungsdruck durch G8.
- Schulen brauchen eine **gute Ausstattung und ausreichend Personal!**
- **Bafög-Bezug ausweiten, erhöhen und vollfinanzieren!**
- Ausbildungsplätze schaffen, Ausbildungsvergütungen anheben, keine Ausbildung ohne Ausbildungsvergütung, **Übernahmegarantie nach erfolgreicher Ausbildung** und wirksame Kontrolle gegen gesetzeswidrige Ausbildungsbedingungen.
- **10-Prozent-Ausbildungsquote** für Großbetriebe, Ausbildungsabgabe – Wer nicht ausbildet soll zahlen!
- **Kostenloses NRW-Ticket** für SchülerInnen, Studierende und Auszubildende!
- **Kultur- und Freizeitmöglichkeiten** erhalten und ausbauen!
- **Ausbau der Mitbestimmung** für junge Menschen!
- Bundeswehr raus aus den Schulen, Universitäten und Jobmessen! **Kein Werben fürs Sterben!**

Für gute Bildung in NRW!

Die DKP fordert im Jugendteil „**EINE Schule für ALLE**“ und einen verbindlichen Ganztagsbetrieb und ist gegen das „G 8“. Durch die um ein Jahr auf acht Jahre verkürzte Schulzeit müssen Schüler mehr pauken in weniger Zeit. Sie haben gleichzeitig weniger Zeit für Sportvereine oder andere gemeinsame Freizeitaktivitäten mit Gleichaltrigen.

In der Bundesrepublik wird im allgemeinen für Bildung zu wenig ausgegeben – im Ländervergleich hat NRW dazu noch die rote Laterne bei den Aufwendungen mit nur 5.700 Euro pro Schüler im Jahr. Darunter leidet auch die Integration von Kindern mit Behinderung (Inklusion). Man darf keine Anreize für den Wechsel von Kindern aus Förderschulen in Regelschulen schaffen, ohne dass dort die notwendigen Rahmenbedin-

gungen sicher gestellt sind. Deutlich verbessert werden muss auch die Integration von Flüchtlingskindern. Der Bedarf an Betreuungspätzen in Kindertageseinrichtungen wird immer noch nicht gedeckt. Unterfinanziert ist auch die nachschulische Bildung in staatlichen Hochschulen und in der Berufsausbildung.

In den Universitäten und Hochschulen fehlt es an Geld, sicheren Arbeitsplätzen, Demokratie und Friedensorientierung.

Die Deutsche Kommunistische Partei **DKP fordert:**

- **Kostenloser Besuch der Kitas** für alle und Ausbau der Plätze
- **Mehr Lehrer & kleinere Klassen**
- **Kostenlose Mahlzeiten** in Bildungseinrichtungen
- Schulgebäude **sanieren, bessere Ausstattung** im Unterricht
- **Zuverlässige Finanzierung** der Hochschulen durch Landesmittel
- **Zurückführung** der Hochschulen in **Landeseinrichtungen**
- **Abschaffung** der **kapitalorientierten Hochschulräte, Viertelparität** in **allen Hochschulgremien**





Die Deutsche Kommunistische Partei **DKP** fordert:

Nazis und Militarismus stoppen! Antifaschismus stärken!

Krieg und Faschismus gehören unmittelbar zusammen. Nach 1945 hieß daher die Losung der Nazigeegner:

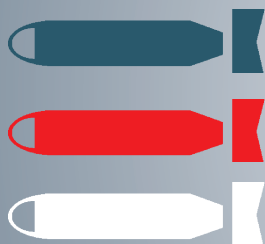
Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Mit dem Nationalismus und der Ausländerfeindlichkeit der Herrschenden wird der Boden für faschistische Parteien bereitet. Ihre Politik und Gesetze zielen in die gleiche Richtung wie die Rechten. Der Zusammenhang von NSU-Morden und Verfassungsschutz ist offensichtlich. Die AfD ist keine Alternative. Sie will die Superreichen noch reicher machen, nur noch Elitebildung, sie will die sozialen Rechte der Werktätigen streichen. Sie steht für Rassismus und ist offen für die Zusammenarbeit mit Faschisten. Dagegen initiieren und beteiligen wir uns an Demonstrationen gegen Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Faschismus.

- **Verbot der NPD und der Partei Die Rechte und aller faschistischen Parteien und Organisationen!**
- **Keine öffentlichen Plätze und Gebäude für Versammlungen faschistischer Gruppierungen und Parteien!**
- **Verbot von Kundgebungen und Demonstrationen mit rassistischer und faschistischer Ausrichtung!**
- **Vollständige Aufklärung der NSU-Morde und Mitwirkung der Geheimdienste!**
- **Finanzielle Unterstützung statt Kriminalisierung und Diffamierung der VVN-BdA und antifaschistischer Initiativen!**
- **Den Tag der Befreiung vom Faschismus als gesetzlichen Feiertag!**
- **Auflösung des Verfassungsschutzes in NRW!**

Wer soll das bezahlen?

Die Millionärsteuer von 2 Prozent bringt für NRW **12 Milliarden Euro** pro Jahr.



Eine 20-prozentige Kürzung der Rüstungsausgaben bringt für NRW **4 Milliarden Euro** pro Jahr.



Damit stünden jährlich **16 Milliarden Euro** für die Schaffung von Arbeitsplätzen, Schulen, KITAs und Wohnungen zur Verfügung.



Kultur für alle – nicht nur für Reiche!

Verglichen mit anderen Bundesländern fördert Nordrhein-Westfalen die Kultur seit Jahren unterproportional, selbst der Städte- und Gemeindetag NRW stellt dies fest. Im Jahr 2016 stieg der Kulturhaushalt des Landes um lediglich 1,7 Prozent, für das Jahr 2017 sind bislang nur 1,1 Prozent mehr geplant, und 2018 ist keine Erhöhung vorgesehen. Die mit aller Macht durchgesetzte „Schuldenbremse“ und der Wunsch nach der „Schwarzen Null“ führte und führt dazu, dass z.B. die Buchbestände in den öffentlichen Büchereien immer geringer werden, dass Theater nur noch Spielpläne auf Sparflamme zeigen, dass Museen aus ihren Beständen verkaufen müssen und für neue Ausstellungen kein Geld mehr haben.

Der Anteil der Kommunen an den öffentlichen Kulturausgaben in NRW liegt bereits jetzt bei fast 80 Prozent. Das sind 20 Prozentpunkte mehr als der Durchschnitt

der anderen Bundesländer, im Vergleich mit Ländern wie Bayern und Baden-Württemberg sind es fast 30 Prozent mehr.

Die Deutsche Kommunistische Partei **DKP** fordert:

Der **Kulturhaushalt** des Landes muss **mindestens auf 5%** des **Gesamthaushalts angehoben werden**, die **Ausgaben der Kommunen müssen durch Zuwendungen** des Landes auf **nur noch 60%** der öffentlichen Kulturausgaben **gesenkt werden**, die Förderungen für Einrichtungen und kreativ Tätige müssen nicht mehr für „Leuchtturmprojekte“ erbracht werden, sondern sich an den Bedürfnissen und Erwartungen der Bevölkerung des Landes ausrichten.

Sofortprogramm der DKP NRW

Geld ist genug da – Es muss umverteilt werden!

Die Reichen und Superreichen werden immer vermögender. Mit 30 Milliardären leben die meisten Superreichen in NRW. Die Millionäre und Milliardäre in NRW haben ein Vermögen von 600 Milliarden Euro. Bei einer Millionärssteuer von 2 Prozent könnten jährlich 12 Milliarden Euro in NRW zusätzlich eingenommen werden.

Eine Kürzung der Rüstungsausgaben um 20 Prozent, die Streichung der Hochrüstungspläne des Kriegsministeriums und die Beendigung der weltweiten Kriegseinsätze der Bundeswehr brächten für NRW weitere 4 Milliarden Euro Mehreinnahmen. Damit stünden jährlich 16 Milliarden Euro für die Schaffung von Arbeitsplätzen, Schulen, KITAs und Wohnungen in NRW zur Verfügung.

Die Kommunen müssen auf Kosten der Banken entschuldet und von ihren Zinszahlungen entbunden werden. Bund und Land müssen den Kommunen die notwendigen Mittel für die ihnen übertragenen Aufgaben zur Verfügung stellen. Das Spardiktat des Landes ist sofort zu beenden. Die Städte gehören uns – nicht den Banken!

Entsprechend dem Artikel 27 der Landesverfassung sind Großbetriebe der Grundstoffindustrie sowie Monopole und Banken in demokratisch kontrolliertes öffentliches Gemeineigentum zu überführen. Die DKP steht für die Überwindung des Kapitalismus und den Aufbau des Sozialismus. Als kommunistische Partei, die auf Grundlage der Weltanschauung des Marxismus-Leninismus arbeitet, gehen wir vom gesellschaftlichen Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital und der Notwendigkeit der revolutionären Überwindung des Kapitalismus aus.

Wer hat soviel Geld?

Die Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr ergibt bundesweit Einsparungen von mindestens **1 Milliarde Euro** pro Jahr.



Die Beschlagnahme der Gewinne aus Rüstungsexporten ergibt bundesweit mindestens **1 Milliarde Euro** pro Jahr.

T-Shirts, Hoodies, Bücher, CDs, DVDs, Broschüren, Antiquariat und mehr...



www.uzshop.de

„Ändere die Welt,
sie braucht es“

Bertolt Brecht



Die UZ ist die Zeitung der DKP. Sie bringt die Themen der Woche auf den Punkt und gibt denen eine Stimme, die Widerstand leisten und sich gegen Ausbeutung, Unterdrückung, Faschismus und Krieg engagieren. Lernen Sie die UZ kennen: Durch ein 6-wöchiges kostenloses Probeabo oder online unter www.unsere-zeit.de

- Ich möchte die UZ 6 Wochen probelesen. Ich möchte mehr Informationen über die DKP
Der Bezug ist kostenlos und endet automatisch.

Name	Vorname
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße, Hausnr.	PLZ, Ort
<input type="text"/>	<input type="text"/>
E-Mail	Telefon
<input type="text"/>	<input type="text"/>



Coupon einsenden, per Mail oder direkt unter www.uzshop.de bestellen! CommPress Verlag GmbH
Hoffnungstraße 18 · 45127 Essen · E-Mail: info@unsere-zeit.de · Tel: 0201 17788923 · www.unsere-zeit.de

Herausgeber: DKP Ruhr-Westfalen und DKP Rheinland-Westfalen
V.i.S.d.P.: Marion Köster | Deutsche Kommunistische Partei (DKP Ruhr-Westfalen)
Hoffnungstraße 18 | 45127 Essen | E-Mail: vorstand@dkp-ruhr-westfalen.de Tel. 0201. 22 51 47
www.dkp-ruhr.de

DKP Rheinland-Westfalen Am Stadtpark 68 | 51373 Leverkusen
E-Mail: sekretariat@dkp-rheinland-westfalen.org | Tel.: 0214. 49323 | Fax: 0214. 46450
www.dkp-rheinland-westfalen.de